

# Rente, Betreuungsgeld und Transparenz

Liebe Mitbürger, Liebe Mitbürgerinnen,

letzte Woche war voll mit Verzweiflungstaten der Regierung. Am 4. November hatten sich die Spitzen zu einem Koalitionsgipfel getroffen – heraus kamen Wahlgeschenke wie die Abschaffung der Praxisgebühr (die auch wir wollten) im Tausch für die Einführung des Betreuungsgeldes. Hinzu kam die so genannte „Lebensleistungsrente“, eine Minirente, die ihren Namen nicht verdient. Sie wird etwa 10 bis 15 Euro über Grundsicherungsniveau liegen. Zudem werden nur wenige zehntausend Menschen in den „Genuss“ dieser Minirente kommen. Menschen, deren Einkommen so gering ist, dass sie sich davon keine private Altersvorsorge leisten können und Menschen, die zwischenzeitlich arbeitslos waren, bleiben außen vor. Ihre Lebensleistung scheint dieser Regierung nichts wert zu sein.

Am letzten Freitag wurde das Betreuungsgeld dann im Bundestag beschlossen, nachdem die Abstimmung verschoben und der interne Streit immer größer geworden waren. Wie man das Betreuungsgeld einer allein-erziehenden Mutter erklären will, bleibt mir schleierhaft. Und was Herr Schäuble und Frau Merkel wohl sagen würden, wenn zum Beispiel Griechenland solch eine Verschwendung von Steuergeldern einführen würde? Peer Steinbrück nannte es in seiner Rede darum auch punktgenau Schwachsinn. Dazu kommt noch der bisher nicht absehbare zusätzliche Verwaltungsaufwand. Wie die Kommunen kontrollieren sollen, dass Antragsteller ihr Kind tatsächlich nicht in einer öffentlich geförderten Kindertagesstätte betreuen lassen, ist völlig unklar. Wir werden alle rechtlichen Mittel gegen das Betreuungsgeld ausschöpfen; an unserer Seite steht die gesamte Opposition im Parlament.

Auch über die Ablehnung unserer Anträge zur Regelung der Nebeneinkünfte konnten wir nur den Kopf schütteln. Hier wäre die Chance gewesen, großen Worten auch Taten folgen zu lassen. So aber haben die Koalitionäre sich als scheinheilig demaskiert. Sie forderten etwas von Peer Steinbrück, das sie selbst nun nachweislich nicht zu kommunizieren bereit sind. Damit schaden sie nicht nur dem Ansehen aller Politikerinnen und Politiker, sondern auch der Funktion der Demokratie. Denn Abgeordnete sollen unabhängig sein, es muss für alle klar und sichtbar sein, dass sie das auch sind. Unsere Transparenzregeln hätten das ermöglicht.

Ihre

